heitsorganen überlassen, was sie gemäß des grundlegenden NKVD-Befehls Nr. 00315 vom 11. Januar 1945 unter „aktiven Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei" verstanden (Nr. 20, S. 178ff.). Das Grauen der Lagerrealität wird in den vorgelegten Dokumenten kaum sichtbar – das ist aber auch nicht die Absicht des Bandes, der auf politische Hintergründe und Zusammenhänge zielt. Freilich wird manches erahnbar, so wenn der Leser nüchternen Zahlenkolonnen entnimmt, daß seitens der Lagerverwaltung im Dezember 1946 von über 74 000 Häftlingen nur noch rund 25 000 als „arbeitstauglich" eingestuft wurden (Nr. 61, S. 267) oder wenn im Juli 1947 für den Zeitraum seit Mitte 1945 über 31 000 Todesfälle ausgewiesen werden (Nr. 73, S. 291).

Insgesamt handelt es sich bei dem vorliegenden Band um einen Teil eines wichtigen und notwendigen Dokumentationsprojektes, das wissenschaftlich und editorisch allen Ansprüchen gerecht wird und das künftig für jede Auseinandersetzung mit der behandelten Thematik die unverzichtbare Grundlage sein wird.

Dresden Winfrid Halder

Peter Schurmann, Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung. Domowina-Verlag, Bautzen 1998. 337 S., 2 Karten (= Schriften des Sorbischen Instituts, Bd. 18)

Die Monographie ist aus einer 1997 an der Freien Universität Berlin abgeschlossenen Dissertation hervorgegangen. Sie gibt erstmals einen Gesamtüberblick über die sorbische Bewegung, Gremien und Konzepte nach 1945 und baut damit eingangs benannte Forschungsdefizite und unangemessen starre Bewertungsschemata ab. Dazu zählt der Verfasser gern als „wendischer Nachkriegsseparatismus" abqualifizierte Konzepte und Denkschriften, das in der DDR in ein Fortschritts-Reaktion-Paradigma gepreßte komplizierte Verhältnis von Domowina, Nationalausschuß/-rat und bislang kaum beachtetem Slawischen Ausschuß sowie die zum Teil unterschiedlichen Entwicklungswege in der sächsischen Ober- und der provinzbrandenburgischen Niederlausitz. Damit sind die Schwerpunkte der vorliegenden Monographie benannt.

Ihr erstes Kapitel befaßt sich mit der Sorbenfrage in den Nachkriegsplänen seit 1942, mit der Lage der sorbischen Bevölkerung bei Kriegsende 1945 und mit den sich wieder- bzw. neuformierenden Interessengremien: dem zunächst am 9. Mai 1945 in Prag entstehenden Lausitz-sorbischen Nationalausschuß und der in Crostwitz bei Bautzen am 10. Mai 1945 erneuerten Domowina, die auf ein seit Januar entstandenes Vertrauensleutenetz des Komitees Lausitzer Sorben zurückgreifen konnte und von der Bautzener Militäradministration rasch zugelassen wurde – was keineswegs den sonstigen Gepflogenheiten im Umgang mit solch mehr oder weniger spontan entstandenen Basisausschüssen entsprach. Dieses recht knapp bemessene Kapitel weist auch in anderer Hinsicht höchst aufschlußreiche Befunde auf. Für die Aktivisten der sorbischen Bewegung stellte das Ende des Krieges und des NS-Regimes eindeutig einen Akt der Befreiung, des Neubeginns und des Schutzes der kulturell-ethnischen Gruppe der Lausitzer Sorben dar. Freilich – und das erklärt, warum diese Neuansätze zunächst kaum über Prag und die sächsische Oberlausitz hinausreichten – übersahen sie, daß sich eine Mehrheit der Sorben dem NS-System angepaßt hatte, einen hohen Grad nomineller NSDAP-Mitgliedschaft

aufwies und nun fürchten mußte, als politisch belastet zu gelten. Auch unterschätzten sie die lähmenden Wirkungen demographischer Verwerfungen und sozialer Problemlagen. Deutlich werden in diesem Kapitel vor allem die verschiedenen Optionen für einen durch Kriegsverlauf, Befreiung und Besetzung durch die Rote Armee ermöglichten ethnisch-staatlichen Schutz der Lausitzer Sorben: Anschluß an Polen oder die ČSR, eigener Staat oder mit Sonderrechten ausgestattete deutsche Verwaltungsprovinz. Deutlich wird aber auch, daß die Sorbenfrage im Kalkül der alliierten Siegermächte wie der polnischen und tschechischen Exil- bzw. Nachkriegsregierungen eine recht untergeordnete Rolle spielte, die deshalb den sorbischen Konzepten und Anschlußplänen eher distanziert gegenüberstanden.

Als einzig aussichtsreich erwiesen sich die „Vorschläge für die deutsch-wendische Zusammenarbeit", die die Domowina anstelle der Anschluß-Optionen Ende Juli 1945 im Kontext der alliierten Potsdamer Konferenz vorlegte. Letztlich entschieden deren Kompromisse des nominellen Gesamt- und faktischen Vier-Zonen-Deutschlands über den künftigen Weg der sorbischen Bewegung. Sie wird im zweiten und dritten Kapitel bis zur Annahme des Sorbengesetzes durch den sächsischen Landtag im März 1948 für die sächsische Oberlausitz untersucht. Im Vordergrund stehen dabei das Zusammenwirken bzw. die Konzeptions- und Interessenkonflikte von Domowina, Nationalausschuß, dem nach Wahlen zu örtlichen Nationalausschüssen Anfang 1946 zeitweise gemeinsamen Nationalrat und dem im Dezember 1945 entstandenen Slawischen Ausschuß. Dabei überlagert allerdings das Klein-klein der vielen Querelen die inhaltlichen Probleme, die gelegentlich auch mit Blick auf Entnazifizierung und Status der Domowina erörtert werden, aber erst mit den Weichenstellungen der Jahreswende 1946/47 wieder richtig ins Bild kommen. Wobei eine genauere Kenntnis der neueren Forschungsliteratur über die sowjetische Deutschlandpolitik hilfreich gewesen wäre und leider auch einige peinliche Fehler unterlaufen (so wird der Marshallplan in das Jahr 1946 datiert). Eindrucksvoll schildert der Verfasser die nach den Wahlen 1946 im Kontext der Verfassungsdebatte einsetzende spannungs- und konfliktgeladene Suche der verschiedenen Interessengremien nach Wegen für den staatsrechtlichen Schutz der Sorben. Die Frustration über den vergeblich geforderten Sorben-Artikel in der sächsischen Landesverfassung veranlaßte schließlich das vom Verfasser zu Recht ausführlich geschilderte Domowina-Memorandum zur Moskauer Außenministerkonferenz vom März 1947 mit seinen Maximalforderungen bis hin zu einem eigenen sorbischen Staat. Schließlich brachte das sächsische Sorbengesetz 1948 eine akzeptable Lösung, während sich die im letzten Kapitel geschilderte Legalisierung der Domowina in der provinzbrandenburgischen Niederlausitz unter weit ungünstigeren Bedingungen bis Anfang 1949 hinzog. Ein umfangreicher Anhang mit 23 Dokumenten, 2 Karten und einem Personen- und Ortsregister ergänzt die insgesamt verdienstvolle und informative Darstellung.

Jena Jürgen John